

Manifest 2021 zur Bundestagswahl

Gegen Globalismus und CORONA-Diktatur

Die programmatischen Eckpfeiler oppositioneller Politik

CORONA brennt uns auf den Nägeln. Wir brauchen eine neue Politik, eine echte Alternative zur offiziellen Politik! Für die weltweit betriebene Corona-Politik ist ein globales Netzwerk verantwortlich, ein „globales System“ [siehe Anhang 1]. Die „Globalisten“ schaffen - über WHO, IWF, EU usw. - das „Framing“, die Rahmenbedingungen, in denen nationale Politiker das verwirklichen, was global gewollt ist.

Die WHO hat die Definitionshoheit, was eine „Pandemie“ zu sein hat. Sie stellt fest, ob entsprechende Kriterien in einem Land vorliegen. Sie gibt Empfehlungen zu Tests und Hygienemaßnahmen und vor allem: Leute wie Wieler, Drosten und Co. sind über zahlreiche Unterorganisationen gut eingebunden ins globale Netzwerk der WHO und sorgen dafür, dass die Konzepte der WHO auf die nationalstaatliche Ebene transformiert werden.

Als beispielsweise Anfang Februar 21 die „Zahlen“ nach unten gingen und alle eine wesentliche Lockerung des Lockdowns erwarteten, verkündete der WHO-Vorsitzende Tedros Adhanom, ein Kommunist aus Äthiopien: „Jetzt ist für kein Land der richtige Zeitpunkt, um Maßnahmen zu lockern“. Dementsprechend beschlossen auch die Regierenden in Deutschland, den Lockdown fortzusetzen und setzten die 7 Tage-Inzidenz, die für Lockerungen nötig sei, von 50 auf 35 herunter!

Auch Organisationen wie der IWF betreiben Corona-Politik und knüpfen z. B. Kreditvergaben an die Übernahme von WHO-Corona-Empfehlungen, wie zuletzt im Fall Weißrussland / Lukaschenko. Die EU ihrerseits greift direkt ins Geschehen ein: von der Akquirierung und Verteilung der Impfstoffe bis zu massiven Eingriffen in die letzte Domäne der nationalen Parlamente, das Haushaltsrecht. Im Windschatten von Corona hat sich Brüssel mit Hilfe von Merkel, Macron und Co. einen milliarden schweren Etat unter den Nagel gerissen, über den es an den nationalen Parlamenten vorbei verfügen kann – der Einstieg in die „Finanzunion“, die das definitive Ende souveräner Nationalstaaten in Europa markieren würde!

Demokratie und Nationalstaaten sollen also abgeschafft und durch einen Weltstaat mit einer Weltregierung ersetzt werden. Die Wirtschaft wird global umstrukturiert (Amazon statt mittelständischem Einzelhandel!), und ein totalitärer Multikulturalismus, das Diktat zur „Buntheit“, bedroht die Kernexistenz der nationalen Völker in Europa und der ganzen Welt.

Weltweit soll CORONA für umfassende Digitalisierung sorgen und überall eine Impfpflicht durchsetzen. Erstere ist notwendig, um die Menschen politisch, wirtschaftlich, sozial etc. vollständig manipulieren zu können; durch letztere wird auch noch eine vollständige biologische Manipulation ermöglicht: von Eugenik bis hin zur Massensterilisation.

Für die Globalisten ist CORONA Vollendung und Krönung ihrer Welteroberungsstrategie. Deshalb sind für uns der Globalismus im Allgemeinen und die Corona-Diktatur im Besonderen die vorrangige und entscheidende Herausforderung jeglicher Politik!

Für eine grundsätzliche Revision der offiziellen Corona-Politik!

Die staatliche Corona-Politik verbreitet in der Bevölkerung Angst und Panik. Die Menschen sollen sich an medizinische, wirtschaftliche und politische Maßnahmen gewöhnen, die sie sonst nicht hinnehmen würden. Dabei wird nicht mit objektiven, d.h. statistisch repräsentativen Zahlen gearbeitet, sondern mit Zahlen, die willkürlich beeinflussbar sind (siehe Anhang 2).

Warum dramatisieren Politik und Medien die Lage und stellen sie schlimmer dar, als sie tatsächlich ist? Warum wollen sie aus dem Corona-Virus, das schlimm genug ist, ein Monster-Virus machen, das es nicht ist? Zielen ihre Corona-Maßnahmen, von demagogischer Zahlenmystik bis hin zu terroristischen Polizeieinsätzen auf Kindergeburtstagen, auf politische Repression ab oder doch auf wirksame Seuchenbekämpfung (siehe Anhang 3)?

Die Corona-Macher und ihre Gläubigen werfen ihren Kritikern vor, sie würden die Seuche verharmlosen. Sie hetzen gegen alle, die ihre Politik nicht mehr mittragen wollen, und überziehen das Land mit Zwang und Terror: von drakonischen Geldstrafen bis hin zur Unterbringung in Konzentrationskliniken!

Ihre Politik flankieren sie mit scheinheiligen und niederträchtigen Moralkampagnen: Die einen seien die Vernünftigen, die Guten; die anderen - angeblich nur eine kleine Zahl - die Unvernünftigen, die „Covidioten“, die „Leugner“, die verantwortungslos fremde Leben aufs Spiel setzen - eine schmierige Inszenierung! Jeder sollte erst einmal für sich selbst verantwortlich sein, und weiter: Ein demokratischer Staat setzt vorrangig auf Empfehlung und Überzeugung, nicht auf „Daumenschrauben“ und „brachiales Durchgreifen“, womit Merkel, Söder und Konsorten glauben drohen zu können! Eigenverantwortung und Freiwilligkeit müssen Grundlage einer demokratisch-humanen Corona-Politik sein!

Wir fordern die Rückkehr zur Normalität. Es gibt keine „neue Normalität“, und wir wollen auch keine! Schluss mit Panikmache und Desinformation! Die größtenteils unsinnigen und diktatorischen „Maßnahmen“ der Regierenden müssen weg! Gleichzeitig appellieren wir an die Bürger, sich in Infektionszeiten verantwortungsvoll zu verhalten und gewisse Schutzmaßnahmen freiwillig einzuhalten.

Durch Alter oder Vorerkrankungen gefährdete Menschen sollten ohnehin größere und engere Menschenansammlungen meiden. Sie können darüber hinaus freiwillig geeignete Schutzmasken tragen. Symptomatische Personen (Husten, Schnupfen, Fieber) sollten engere Personenkontakte und größere Menschenansammlungen meiden und gegebenenfalls Masken tragen, um andere nicht anzustecken!

Die Schließung von Restaurants und Geschäften oder gar ein vollständiger Lockdown sind nicht zulässig. Die Einschränkung *privater* Kontakte oder gar Ausgangssperren sind nicht zulässig. Geldstrafen bei Ordnungswidrigkeiten sind maximal auf 50 € pro Person zu begrenzen, Kinder unter 14 Jahren völlig davon auszunehmen!

Strafgeldexzesse des letzten Jahres sind rückgängig zu machen und den Betroffenen Beträge, die 50 € pro Person überstiegen, als Wiedergutmachung zurückzuerstatten. Wo Überreaktion zum Terror wurde und Amtsmissbrauch, Nötigung und schwere Verstöße gegen Grundrechte im Raum stehen, müssen verantwortliche Politiker und Behördenleiter (Gesundheitsamt, Ordnungsamt etc.) strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden. Dies gilt in besonderer Weise für Hauptverantwortliche wie Merkel, Spahn, Söder und Co.

Schließlich müssen in Ausnahmefällen notwendige Einschränkungen von Grundrechten - gegebenenfalls nachträglich - von den zuständigen Parlamenten (Länder, Bund) mit mindestens Zweidrittelmehrheit beschlossen werden.

Impfungen

Die Regierenden propagieren Impfungen als die Erlösung von allem Übel. Wir setzen auf natürliche Herdenimmunität, die vor allem durch Virenaustausch der Unter-40-Jährigen stattfindet, und dies vor allem im Sommer! Deshalb sind hier Kontaktsperren (Schließung von KITAs, Schulen etc.) nicht nur nicht hilfreich, sondern schädlich. Sie verhindern Herdenimmunität, fördern damit neue Infektionswellen und verschleppen so systematisch die Seuche.

Angesichts der unsicheren Wirkung von Impfungen mit der Gefahr erheblicher Nebenwirkungen (Infertilität, ADE-Syndrom u. a.) darf der Staat keine Zwangsimpfungen verordnen, weder direkt noch indirekt über Impfausweise, Reise- oder sonstige Privilegien für Geimpfte. Werden solche Maßnahmen von Geschäften, Gaststätten etc. veranlasst, sind sie als Diskriminierung staatlich zu untersagen!

Auch Impfungen können über zusätzlichen Selektionsdruck auf Viren neue Mutanten auslösen, die mitunter gefährlicher sind als die ursprünglichen Viren. Das besondere Problem bei der Corona-Impfung besteht aber darin, dass neue bislang bei Impfungen noch nie angewandte Verfahren eingesetzt werden (mRNA-Verfahren), andererseits die Vorlaufzeit für die praktische Erprobung extrem verkürzt war. So können über mittel- und langfristige Nebenwirkungen überhaupt keine Aussagen gemacht werden! **Solche Impfungen sind russisches Roulette.** Wissenschaftler und Ärzte müssen deshalb *jegliche* Negativwirkung, die in Zusammenhang mit einer Corona-Impfung stehen, sofort den Behörden melden, und die zuständigen Politiker haben die Bevölkerung über solch mögliche Nebenwirkungen umfassend aufzuklären! Schon jetzt ist absehbar: So sehr bei der Corona-Erkrankung dramatisiert wird, so sehr wird bei den Impfschäden verharmlost und geleugnet! Da heißt es dann nicht: „im Zusammenhang mit der Impfung verstorben“, und schon gar nicht ist von „Impftoten“ die Rede. Da heißt es nur, der Tod habe „nichts mit der Impfung zu tun“!

Weitere politische Forderungen

Angesichts der durch CORONA zugespitzten Situation sollte man nicht ausgefeilte Programme zur Energie-, Sozialpolitik etc. ausarbeiten. Man sollte sich gerade im Bundestagswahlkampf auf fünf bis sechs Schlüsselthemen konzentrieren. Wenn man für die keine Lösung findet, kann man auch in anderen Bereichen keine sinnvolle Politik mehr betreiben. Neben der Corona-Politik geht es um die EU-Frage, den Paragraphen 130 StGB (sog. Volksverhetzung), um die massive Rückführung von Migranten in ihre Heimatländer; außenpolitisch um ein bevorzugtes Bündnis mit Russland und schließlich um das Thema *Erinnerungskultur*.

Raus aus der EU!

Die Brüsseler EU ist der vorgeschobene Posten der Globalisten. Hier sind sie in der Institutionalisierung ihres Programms weit fortgeschritten. Die EU entsouveränisiert die Nationalstaaten und schafft sie ab. Gleichzeitig löst sie die einheimischen europäischen Völker durch ethnokulturelle Vermischung auf.

Will man diese globalistische Politik in Deutschland rückgängig machen, muss man die EU auflösen, nicht irgendwann, sondern *so schnell wie möglich!* Der einfachste Weg ist ein Austritt Deutschlands gemäß den europäischen Verträgen (Paragraph 50). Ein Austritt der tragenden Wirtschaftsmacht Deutschland lässt die EU in kürzester Zeit zusammenkrachen. Will man Deutschland wieder souverän und den wahnwitzigen Bevölkerungsaustausch rückgängig machen, soweit das noch möglich ist, dann ist dies die entscheidende Voraussetzung!

Weg mit dem totalitären Paragraphen 130 StGB!

Der Paragraph 130 unterminiert die deutsche Demokratie und schafft die strukturelle Voraussetzung für Meinungsdictatur und ideologischen Terror! Dies betrifft vor allem drei Komplexe:

- Es ist in Deutschland nicht möglich, die vom Staat und seinen ideologisierten Historikern vertretene Geschichtsinterpretation des 20. Jahrhunderts grundsätzlich zu hinterfragen und zu kritisieren. Entsprechende Versuche enden vielfach im Gefängnis - und wer möchte schon gerne ins Gefängnis, nur weil er bestimmte geschichtliche Ereignisse anders sieht, als vom Staat vorgegeben?
- Ausländer und andere Minderheiten genießen besonderen Beleidigungsschutz, wie er den Mehrheitsdeutschen nicht zugestanden wird. Man darf Deutsche ganz selbstverständlich als „Tätervolk“ und Deutschland als „Land der Henker“ bezeichnen. Wer aber z. B. Ausländer „Parasiten“ nennt, wird, selbst wenn er nicht generalisiert, über den Paragraphen 130 hart bestraft!

- Auch die Kritiker der staatlichen Corona-Politik geraten jetzt in die Schusslinie dieses Paragraphen. Mit Begriffen wie „Hassrede“, „Delegitimation“ demokratischer Institutionen etc. bereitet man neue Straftatbestände vor. Mit dem Paragraphen 130 StGB sollen die Staatsparteien systematisch vor jeder tiefer gehenden Kritik abgeschirmt werden. So wird dieser Staat zunehmend totalitär.

Die Monopolmacht der Social Media-Konzerne brechen!

Die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch § 130 StGB wird durch die Praxis der Social-Media-Konzerne auf die Spitze getrieben. Es hat mit Demokratie nichts mehr zu tun, wenn *Twitter* sein de facto-Monopol missbraucht und entscheidet, was der amerikanische Präsident (!) sagen darf und was nicht! Nämliches gilt für all die Videos und Einträge, die immer häufiger auf Facebook und Youtube zensiert werden, weil sie Vorgaben der Social Media-Konzerne von Meinungsfreiheit widersprechen.

Westliche Demokratie wird zur Lachnummer: Google, Facebook und YouTube steigen zu höchsten Zensoren der Meinungsfreiheit auf, und die westliche Politik und ihre Staaten unterbinden das nicht, sondern fordern und fördern es!

Zuwanderungsstopp und Massenrückführungen!

Durch Zuwanderung ethnokulturell fremder Menschenmassen nach Europa wird der innere Zusammenhalt der europäischen Nationalstaaten und -völker im tiefsten Grund zerstört. Denn eine gemeinsame Kultur ist der wesentliche Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält! Berlin und Brüssel schaffen in Europa im Zeitraffer ein Szenario, dessen Bürgerkriegspotential in den USA schon hautnah erlebt werden kann.

Durch diese Politik wird Europa zunehmend afrikanisiert und islamisiert, die Deutschen werden zur unterdrückten Minderheit im eigenen Land und die einheimischen Europäer zu den Indianern Europas. In mehreren deutschen Großstädten ist die Situation gekippt und der Ausländeranteil bereits höher als der der Deutschen! Ganz offensichtlich ist das ein „Bevölkerungsaustausch“. Dennoch empören sich die System-Ideologen über den Begriff. Der Kaiser ist splitternackt, aber sie sagen, er hätte schöne Kleider an!

Mit ideologischem Terror versucht das System, aus den Inauguratoren dieser antideutschen und antieuropäischen Verdrängungspolitik humanitäre Wohltäter und aus den einheimischen Opfern, die sich gegen diese fast schon ethnozidale Politik wehren, „rassistische“ Täter zu machen. Das ist eine Opfer-Täter-Umkehr der dreistesten Art.

Geopolitische Kehrtwende: ein Bündnis mit Russland!

Die geopolitische Junior-Partnerschaft Deutschlands mit den USA wird immer problematischer: gigantische Strafzahlungen für Deutsche Bank, VW und andere deutsche Unternehmen, Sanktionen wegen Nordstream II, immer mehr Geld für den NATO-Bundeswehretat usw. Wir werden in die internationalen Konflikte der USA hineingezogen: gegen Russland, gegen Iran, gegen Syrien, gegen Afghanistan ... Auch unsere Beziehungen zu China verschlechtern sich, wenn wir an einem bevorzugten Bündnis mit den USA festhalten. Das liegt nicht in unserem Interesse und wird mit Biden nicht besser als mit Trump.

Deshalb brauchen wir eine geopolitische Kehrtwende. Statt des transatlantischen Bündnisses mit den USA sollte ein bevorzugtes Bündnis mit Russland Grundlage unserer Außenpolitik sein. Russland ist immer noch ein politisch-militärischer Riese, aber wirtschaftlich ein Zwerg. Bei Deutschland ist es umgekehrt -- eine ideale geopolitische Liaison, die beide in einem gemeinsamen Bündnis auf Augenhöhe zu den geopolitischen Hauptakteuren USA und China brächte!

Am Anfang müsste eine Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok stehen - mit ungeheuren wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten - und es müsste weitergehen bis zu einem militärisch-atomaren

Bündnis, das Deutschland aus seiner von den USA verordneten außenpolitischen Paria-Rolle befreien würde!

Dagegen kann ein innereuropäisches Bündnis à la EU geopolitisch keine nennenswerte Rolle spielen, denn wirtschaftlich ist nur Deutschland stark und politisch-militärisch kein einziger europäischer Staat! Außerdem ist die geopolitische Ausrichtung der verschiedenen EU-Staaten so verschieden -- die einen in Richtung USA, die anderen in Richtung Russland -- dass eine notwendige Einheit zu brüchig wäre, um geopolitisch wirksam agieren zu können.

Was unsere **Nahostpolitik** betrifft, so pflegen wir aus historischen Gründen besondere Beziehungen zu Israel. Das darf freilich nicht dazu führen, dass unsere geopolitischen Interessen wesentlich beeinträchtigt werden. So können wir uns von Israel, wenn es in Nahost ein Atomwaffenmonopol beansprucht, nicht in Auseinandersetzungen mit dem Iran und Russland hineinziehen lassen. Wir haben ein starkes außenpolitisches Interesse an guten Beziehungen zu diesen Staaten.

Deshalb verurteilen wir die militärischen Angriffe der israelischen Armee auf Ziele in Syrien, im Iran und im Libanon als völkerrechtswidrig und deshalb betrachten wir auch die sog. Zwei-Staaten-Lösung nach wie vor als derzeit einzige Möglichkeit, einen gewissen Frieden in Nahost zu gewährleisten. Auch Deutschland braucht einen solchen im Hinblick auf Zuwanderung und anderes.

Schlußstrich unter einen zivilreligiös betriebenen deutschen Schuldskult!

Viele meinen, dieses Thema sei immer noch zu heiß. Man müsse es nach wie vor weiträumig umschiffen. Inzwischen haben wir aber drei Generationen von Deutschen, die nach 1945 geboren sind. Wann wollen wir das Problem angehen, wenn nicht jetzt? Angesichts zunehmender Einschränkung von Meinungsfreiheit ist eher zu befürchten, dass in der deutschen „Demokratie“ über diese Dinge bald gar nicht mehr gesprochen werden darf!

Ein Großteil der deutschen Bevölkerung ist der Ansicht, dass jetzt genügend des Holocaust gedacht worden ist, und will insbesondere nichts mehr hören von „deutschem Tätervolk“ und „ewiger deutscher Verantwortung“ etc. In diesem Sinn entspricht es dem Mehrheitswillen der deutschen Bevölkerung, einen Schlußstrich unter die bisher sehr einseitige Erinnerungskultur zu ziehen und christliche Feste und große Ereignisse der deutschen Geschichte wieder in den Vordergrund des Gedenkens zu stellen. **Den 9. November, den Tag des Mauerfalls und des Zusammenbruchs der kommunistischen Diktatur, zum Nationalfeiertag zu machen, wäre ein angemessener symbolischer Akt für eine solche Neuorientierung der Erinnerungskultur.**

Ohne präzise programmatische Orientierung kein politischer Erfolg

Jede wirklich oppositionelle Partei muss sich in den aufgeführten Punkten klar und präzise positionieren. Die AfD tut das nicht! Wenn sie das nicht schafft und stattdessen für die Bundestagswahl wieder das alte Personal durchboxt, das bislang mehr gegen die eigenen Leute gekämpft hat als gegen den politischen Gegner, dann ist es Zeit für eine neue Oppositionspartei im Sinn einer AfD-Ersatz- und Auffangorganisation. Diese muss dafür sorgen, dass rechtzeitig zur Bundestagswahl noch eine wirklich alternative Partei antritt.

Der Kampf um die Wahrheit

Wer dieses Manifest durchsetzen will, muss die Deutungshoheit, d. h. den Kampf um die politische Wahrheit gewinnen! Die Linken führen hier einen sog. Kampf gegen rechts. Von seinem Wesen her ist der eine zivilterroristische Hetzkampagne gegen rechte Politiker und den Rechtsstaat. Staatsorgane und Staatsmedien haben sich dieses linksextreme Konzept zu Eigen gemacht. Besonders der Verfassungsschutz schützt jetzt nicht mehr Staat und Verfassung, sondern die Machtinteressen der Systemparteien. Spätestens seit dem Rauswurf von Maaßen muss man hier von einer „**BRD-Stasi**“ sprechen! Wenn wir also politische

Wahrheit wollen, müssen wir erst einmal den „Kampf gegen rechts“ und seine verlogene Vorwurfskultur an den Pranger stellen. Im Zentrum stehen die Begriffe „Rassismus“, „Antisemitismus“ und „Verschwörungstheorie“.

Was ist Rassismus?

Beim Rassismus-Vorwurf ist die Wahrheit, dass heute nicht Rassismus der Weißen gegen Farbige das Hauptproblem ist, sondern Rassismus der Farbigen gegen Weiße. Die schlimmste Form dieses Rassismus ist der BLM-Rassismus, der in den USA weit verbreitet ist und sich dort hasserfüllt in vandalistisch-kriminellen Aktionen entlädt. Mit der Inthronisation von Kamala Harris als Vizepräsidentin der neuen US-Regierung wird dieser schwarze Rassismus anwachsen und die USA weiter in den Bürgerkrieg hineintreiben.

Man will diese Bewegung auch in Europa entfachen. Dabei glaubt man, sich auf die Millionen von Schwarzen stützen zu können, die von Brüssel und Berlin in den letzten Jahren nach Europa geholt wurden. Im Gegensatz zu den USA, wo über die Negerklaverei tatsächlich weißer Rassismus gegen Schwarze lange Zeit die Gesellschaft prägte, hat diese Bewegung in Deutschland keine moralische Legitimation. Sie soll nur dazu dienen, den weiteren Massenimport von schwarzen Menschen aus Afrika nach Europa ideologisch und moralisch zu legitimieren.

Schwarze, die uns vorschreiben wollen, welche Begriffe wir bezüglich „schwarz“ und „dunkel“ verwenden dürfen und welche nicht („Negerkuss“, „Mohren-Apotheke“ usw.); die uns vorschreiben wollen, wie wir unsere Geschichte, insbesondere die Kolonialzeit, zu interpretieren hätten; die sogar daran gehen, unsere historischen Denkmäler zu stürzen -- solche Leute brauchen wir nicht. Wir müssen sie umgehend in ihre afrikanischen Heimatländer rückführen!

Der Rassismus-Vorwurf der Linken gegen die Rechten ist ein verlogenes Manöver. Er lenkt von eigenem Hass und Rassismus ab, indem man dem politischen Gegner das vorwirft, was man selbst betreibt. Diese Wahrheit müssen wir verbreiten!

Was ist Antisemitismus?

Der zweite zentrale Vorwurf im „Kampf gegen rechts“ ist „Antisemitismus“. Inhaltlich völlig unbestimmt und deshalb beliebig zu handhaben, gilt er als schwerst wiegender Vorwurf, der einem Politiker im globalen System gemacht werden kann.

Man erfindet irgendwelche „Stereotype“ und definiert sie als „antisemitisch“. Wer dann sagt: „Die Juden hätten in den USA zu viel Einfluss“, würde sich schon eines antisemitischen Stereotyps bedienen und wäre somit Antisemit. Dagegen wäre es in keiner Weise antideutsch und völlig legitim zu sagen: „Die Deutschen hätten in Europa zu viel Einfluss“. „Antisemitisch“ jedoch sei es sogar, einzelne profilierte Juden zu kritisieren, z. B. Georges Soros, den größten Schlepperkönig der Welt. Der Begriff *Antisemitismus* ist so unscharf definiert, dass sich inzwischen Angehörige des Berliner Antisemitismus-Lehrstuhls und zionistische Lobbyorganisationen wie die JCC gegenseitig des Antisemitismus bezichtigen!

Durch inflationäre und beliebige Anwendung des Antisemitismus-Vorwurfs verschleißt dieser Begriff, was wir nicht bedauern, sondern fördern sollten. Denn er wird fast ausschließlich vom Staat und seinen linksextremen Sittenwächtern als politisches Kampfinstrument missbraucht. **Denen geht es nicht um tatsächlichen Antisemitismus, nicht um wirklichen Judenhass, sondern darum, wichtige Oppositionspolitiker mit einer fadenscheinigen Totschlag-Floskel mundtot zu machen.**

Was ist eine „Verschwörungstheorie“

Wer wichtige politische oder geschichtliche Ereignisse und Phänomene anders erklärt als die Leitmedien, ist „Verschwörungstheoretiker“. *Verschwörungstheorie* bedeutet, an der Deutungshoheit und somit am

Wahrheitsmonopol des Systems und seiner Exponenten zu rütteln. Das will man mit allen Mitteln verhindern, denn die Kontrolle über die „Wahrheit“ ist das Machtfundament eines jeden totalitären Systems.

Im Zentrum aller Verschwörungstheorien steht die Frage: Gibt es ein globales, mehr oder weniger strukturiertes Netzwerk, das ausgehend von Wallstreet und UNO die politische, wirtschaftliche und ideologische Macht in möglichst vielen Staaten erobern und einen Weltstaat mit Weltregierung errichten will? Weiter die Frage: Ist Corona primär ein medizinisches Problem oder eine politische Inszenierung, die den Transformationsprozess zum Weltstaat beschleunigen soll: durch globale Umstrukturierung der Wirtschaft und durch Einübung totalitärer Prinzipien in den Nationalstaaten?

Können die Regisseure von Wallstreet und UNO ihr globales Corona-Komplott weiterhin als „Verschwörungstheorie“ von Corona-Leugnern hinstellen? Oder gelingt es, die Mehrheit der Menschen zu überzeugen, dass es tatsächlich eine Verschwörung gibt - den satanischen Versuch macht- und geldgieriger Akteure, weite Teile der Menschheit zu enteignen und politisch und geistig zu versklaven? Sind also **rechte Verschwörungstheoretiker das große Problem unserer Zeit, oder sind es globale Verschwörer in New York, Brüssel und Berlin?**

Das Hochfahren des Polizeistaates und die unglaublich diktatorischen Corona-Maßnahmen gegen die Bevölkerung werden dazu führen, dass immer weniger Menschen diesem Staat, seinen Politikern und seinen Medien vertrauen und immer mehr Menschen die Errichtung einer Diktatur nicht mehr für eine Verschwörungstheorie, sondern für eine große reale Gefahr erachten. **Wer in der Corona-Frage die Deutungshoheit erobert, wird den Sieg erlangen und die Politik der nächsten Jahrzehnte bestimmen!**

Aufruf zu einer friedlichen Revolution

Lasst uns nicht davon ausgehen, dass alles irgendwann von selbst besser wird! Man muss schon etwas tun. Es geht nicht nur um politische Parteien und Parlamente: In unruhigen Zeiten spielen Straße, Demonstrationen und Massenbewegung eine immer größere Rolle!

Pegida war ein großer Anfang. Hunderttausende demonstrierten gegen die Brüsseler und Berliner Zuwanderungspolitik. Es ist den Systempolitikern gelungen, diese Bewegung sich tot laufen zu lassen und sie durch eine abstruse Anti-Klimawandel-Politik zu verdrängen: Infantilisierte Jugendliche dürfen hier ihre Zukunftsängste ohne große Konsequenzen im politischen Sandkasten austoben.

Durch repressive und totalitäre Corona-Politik ist eine **neue Massenbewegung** entstanden. Sie wird vor allem von den sog. Querdenkern organisiert und hat viele politische Wurzeln, ist also sehr bunt. Das ist gut so, denn eine Bewegung muss – im Gegensatz zu einer Partei - breit und offen sein. Sie muss Menschen zusammenführen, die trotz diverser politischer Differenzen ein wichtiges gemeinsames Ziel haben und dieses gemeinsam verfolgen wollen.

An der naturgegebenen inneren Widersprüchlichkeit solcher Massenbewegungen setzt das System an und versucht, auch die Querdenker-Demonstrationen zu spalten: in Gute, die sich von rechts distanzieren, und Böse, die das nicht tun. Eine solche Spaltung müssen wir verhindern!

Das Einzige, was man nicht zulassen darf, sind Gewaltbereite, die Auseinandersetzungen mit der Polizei systematisch provozieren. Manchmal werden solche Agents provocateurs vom System eingeschleust, um einen Anlass für Polizeieinsätze und die Auflösung von Demonstrationen zu bekommen.

Aus Gründen der bestehenden Kräfteverhältnisse ist es notwendig, bei Demonstrationen taktisch defensiv zu agieren. Das adäquate Mittel, sich der Staatsmacht zu widersetzen, ist gewaltfreier passiver Widerstand. Dazu braucht es Mut. Mit dem Mut ihrer Teilnehmer steht und fällt der Erfolg einer Demonstration!

Genau so wichtig ist eine gute Führung. Sie muss dafür sorgen, dass wichtige programmatische Parolen in die Demonstration hineingetragen werden: EU-Austritt, § 130 usw. Dies wäre die Aufgabe der AfD, doch sie kann das nicht. Vielleicht ändert sich das noch, aber es sieht nicht danach aus (siehe Anhang 4). Viele ihrer Führungsleute haben schon Schwierigkeiten, sich mit der Querdenker-Bewegung überhaupt irgendwie zu solidarisieren. Was könnte da, oh Gott, der Verfassungsschutz sagen!

Auch aus den Reihen der Querdenker gibt es Parteigründungsinitiativen. Die meisten ihrer Akteure waren bis vor kurzem noch unpolitisch. Erst durch Corona sind sie in die Politik geraten. Da macht es Sinn, einmal zu schauen, was schon da ist, und nicht gleich wieder das Rad neu erfinden zu wollen. Dieses Manifest könnte orientierend wirken.

Der Wille zu einem großen geistigen und politischen Wandel muss uns einen. Wir stehen unter Zeitdruck, denn die Corona-Politik des Systems bringt uns im Zeitraffer in die Nähe einer Situation, für die **Grundgesetz-Artikel 20 Absatz 4 gilt: Wenn die Grundlagen der freiheitlichen Staatsordnung bedroht sind, haben wir nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zum Widerstand.**

Wir brauchen eine friedliche Revolution à la 1989. Die neue Revolution wird die von 1989 überragen. Diese war die Ouvertüre, jetzt kommt die Oper. Es wird uns nicht genügen, das Zuwanderer-Klima-Corona-Regime abzuschaffen, das die Frau Merkel in den letzten Jahren errichtet hat. Wir müssen Deutschland insgesamt aus den Fängen des Wallstreet-UNO-Systems herauslösen. Der erste und wichtigste Schritt ist der Dexit, der Austritt aus der EU und damit verbunden der Zusammenbruch dieser antieuropäisch-globalistischen Institution. **Es geht darum, die Wurzeln unseres christlich-abendländischen Europas wiederzuentdecken und unsere heiligen Traditionen mit unseren inzwischen gemachten geschichtlichen Erfahrungen neu zu beleben! Retten wir Deutschland, retten wir Europa, es lohnt sich!**

Anhang

Ergänzungen und Erläuterungen zum Text des Manifests

1. Die internationale Lage und die Entwicklung des „globalen Systems“
2. Corona-Diagnostik und Panikmache
3. Corona-Maßnahmen - mehr politische Repression als wirksame Seuchenbekämpfung
4. Ist die AfD noch zu retten?

I. Die internationale Lage und die Entwicklung des „globalen Systems“

1. In seinem neuen Buch schlägt der Vorsitzende des Weltwirtschaftsforums beiläufig vor, eine neue Zeitrechnung einzuführen: Das „C“ soll nicht mehr für Christus, sondern für Corona stehen, also nicht mehr „vor und nach Christus“ (engl. BC bzw. AD), sondern „vor und nach Corona“ (BC bzw. PC) – ein Outcoming der globalen Corona-Ideologen: Es geht nicht um Seuchenbekämpfung, sondern um eine „neue Normalität“ mit neuer Zeitrechnung.
2. Die christliche Tradition - vielfach verborgen, aber immer noch der tiefste geistige Grund der westlichen Gesellschaft - soll beseitigt und durch eine neue (Corona-) Religion ersetzt werden. Die neue Religion ist die Leitideologie eines globalen Netzwerks, das sich zum Ziel gesetzt hat, die Welt ideologisch, politisch und kulturell zu vereinheitlichen und sie technokratisch-digital neu zu ordnen und zu beherrschen.

3. Die neue Religion ist im Kern eine Perversion resp. *Inversion* der Werte und Wertvorstellungen unserer bislang gültigen christlich-humanistischen Religion: Was gut war, ist jetzt schlecht, was schlecht, gut. Aus Lüge wird Wahrheit, und Wahrheit wird zur Lüge, zur „Verschwörungstheorie“ oder zu sonst etwas! Aus dem Recht auf Leben wird ein „Menschenrecht“ auf Abtreibung, aus dem Recht auf Heimat und Eigentum ein Recht auf Massenzuwanderung und demographische Eroberung. Die Ideologie der moralischen Inversion ist eine satanische Religion.
4. Formal ist das System, das sich aus dem globalen Netzwerk entwickelt, **technokratisch**, der Mensch in ihm digital vollständig manipulierbar: Bargeldlos kann ihm durch einen Mausklick jede Möglichkeit verwehrt werden, sich irgendwo irgend etwas zu kaufen, und sogar das Öffnen des eigenen Kühlschranks kann ihm digital verunmöglicht werden. **Um eine solche Diktatur ausüben zu können, muss eine Gesellschaft vollständig digitalisiert sein.**
5. Vordergründig wird heute noch ein mit (pseudo-) humanistischen Phrasen argumentierender Menschenrechtskult betrieben. Tatsächlich ist die Ideologie des neuen Systems **transhumanistisch**. Der Transhumanismus ist eine ultramaterialistische Ideologie. Sie raubt dem Menschen seine personale Identität und macht ihn zum biologischen Anhängsel einer künstlich-digitalen Intelligenz. Als Ersatz für die enteignete religiöse Transzendenz zwingt sie ihn in eine technische Pseudotranszendenz - ein Frontalangriff auf die Menschlichkeit des Menschen und das Menschsein überhaupt!
6. Von seinen Hauptakteuren her ist das sich hier offenbarende globale System **plutokratisch**: Es wird von sehr reichen Leuten getragen und gelenkt: von Wallstreet-Bankern und anderen Milliardären (Gates, Soros etc.). Vom Vorgehen her gibt es Gemeinsamkeiten mit der Mafia: Sukzessiv und subversiv versucht man die Wirtschafts- und Staatsmacht in einem Land zu steuern und zu übernehmen. Von der teuflischen Gesamtwirkung her sind Cosa nostra und Co. aber Waisenknaben gegenüber der Wallstreet-Mafia!
7. 1913 ist es einigen zumeist jüdischen Familien gelungen, sich mit Gründung der sog. Fed die US-amerikanische Zentralbank privat anzueignen und so über die Kontrolle des Dollar-Umlaufs die Kontrolle über die US-amerikanische Politik zu gewinnen. Schritt für Schritt konnten die Plutokraten ihre wirtschaftliche Macht in eine politische transformieren, wobei sich dieser Prozess von Anfang an mehr hinter den Kulissen abspielte und mit einer zunehmenden Korruption der offiziellen Politik verbunden war.
8. Die US-Regierung wurde zum entscheidenden Instrument des Wallstreet-zentrierten Bankensystems. Mit dem Ersten Weltkrieg wurden die USA zum weltweit größten Gläubigerstaat und die halbe Welt so zum Schuldner amerikanischer Banken. Je mehr es gelang, Menschen und Staaten zu Schuldnern zu machen, desto mehr wuchs die Macht der Wallstreet auch international.
9. Mit ihrem Sieg im Zweiten Weltkrieg wurden die USA eine politische Supermacht. Sie gründeten 1945 die UNO mit Hauptsitz in New York. Diese sollte die Amerikanisierung bzw. Verwestlichung der übrigen Welt ideologisch und kulturell vorantreiben. Darüber hinaus schufen sie zahlreiche Institutionen wie IWF, WTO, Weltbank und andere, die ihre wirtschaftliche Vormacht weltweit verankerten.
10. 1989 endete der Kalte Krieg mit einer Niederlage der Sowjetunion. Mit ihr brach der alternative Versuch einer sowjet-kommunistischen Globalisierung zusammen, so dass jetzt Globalisierung nur noch eine amerikanisch-westliche Angelegenheit war. Das zunächst nur locker strukturierte globale Netzwerk der Wallstreet wurde zunehmend institutionell gefestigt, am weitesten fortgeschritten in Europa in Form der sog. EU.

11. Diese EU löst seither in Riesenschritten die souveränen Nationalstaaten auf. Inzwischen hat Brüssel 70 bis 90% der vormals nationalen Gesetzgebung an sich gerissen. Seit ihrem Bestehen, und seit 2015 im Zeitraffer, ersetzt sie die in Jahrhunderten gewachsene europäische Bevölkerung durch zuwandernde ethnisch und kulturell völlig fremde Menschenmassen. Die EU ist auf dem Weg zu Weltstaat und Weltregierung die Vorhut-Institution des globalen Systems.
12. Nach wie vor ist die US-Regierung mit ihrer NATO-Streitmacht das wichtigste Machtinstrument der Globalisten. Insofern war Donald Trump der Supergau für das globale System, denn Trump betrieb eine nationale und antiglobalistische Politik und wehrte sich mit allen Mitteln gegen die Auflösung des US-amerikanischen Nationalstaates in einem Welteinheitsstaat. So sehr Trump geopolitisch ein Problem gerade auch für Deutschland darstellte, so bedeutend war er als Störfaktor und Sand im Getriebe des globalen Systems.
13. Für uns in Deutschland ist die globalistische Bedrohung derzeit wesentlich gefährlicher als die geopolitische. Wir werden nicht von China bedroht und schon gar nicht von Russland, und auch die US-Repression findet weniger von außen als von innen her über Brüssel und Berlin statt. Dabei schwächt die Abwahl Trumps unsere antiglobalistisch-nationale Position erheblich. Das ist umso schlimmer, als die Einsetzung von Joe Biden und Kamala Harris nicht regulär, sondern durch den mutmaßlich größten Wahlbetrug aller Zeiten zustande kam.
14. Nach dem Sturz Trumps ist jetzt wieder die russische Regierung das größte Hindernis für die Welteroberungspläne der Wallstreet-Globalisten; dies umso mehr, als Putin in den letzten Jahren die geopolitische Position Russland trotz massiver Sanktionen von USA und EU erheblich stärken konnte.
15. Auch die britische Brexit-Regierung, die den „Integrationsprozess“ der Globalisten in Europa ins Schlingern gebracht hat, kann in diesem Sinn als partiell antiglobalistisch gesehen werden. Selbiges gilt auch für Polen und Ungarn, die die letzten ihnen verbliebenen nationalen Positionen mit aller Vehemenz gegen Brüssel verteidigen.
16. Die Volksrepublik China kann man nicht als „Störfaktor“ im westlichen Globalisierungsprozess bezeichnen. Sie ist vielmehr dessen fundamentaler Gegenspieler - allerdings nicht in einem globalistischen, sondern einem national-hegemonistischen Sinn: Die chinesische Politik ist nicht darauf ausgerichtet, die Nationalstaaten von innen her aufzulösen, sondern sie in konventionell imperialistischer Manier von außen zu steuern und zu beherrschen. Dabei ist die Volksrepublik sehr flexibel und versucht, wo es möglich und vorteilhaft erscheint, mit den betreffenden Staaten erst einmal zu kooperieren.
17. Das Netzwerk der westlichen Globalisten ist leicht zu erkennen: Die Wallstreet ist die Spinne im Netz und die UNO das ideologische Zentrum, sozusagen der „Vatikan“ des Systems! Das wichtigste politische Instrument der Globalisten ist mit dem Amtsantritt Bidens wieder die amerikanische Regierung.
18. Um dieses Machtzentrum gruppieren sich Welthandelsorganisation (WTO), Weltbank, IWF, die westlichen Geheimdienste, die großen Systemmedien, schließlich offiziöse Institutionen wie Bilderberger, Weltwirtschaftsforum, alle möglichen Thinktanks bis hin zu diversen NGOs, die die Aufgabe haben, nationale Bevölkerungen aufzulösen und zur für den Weltstaat notwendigen Welteinheitsrasse zu vermischen. Dieses globale Netzwerk soll Schritt für Schritt institutionell gefestigt und in einen Weltstaat überführt werden.

19. Über das Berliner Regime ist Deutschland inzwischen fast vollständig in die EU eingebunden, was mittelfristig nicht nur das Ende des deutschen Nationalstaates, seines Wohlstands, seiner Kultur, seiner sozialen Sicherungssysteme etc. bedeutet, sondern auch das Ende dessen, was bislang als „deutsches Volk“ bezeichnet wurde! **Die EU bedeutet das Ende Deutschlands.**
20. Darüber hinaus bedeutet die EU auch das Ende Europas und seiner Nationalstaaten. Sie ist eine antieuropäische, das Wesen Europas zerstörende Institution. In diesem Sinn stellt CORONA eine Kriegserklärung des globalen Systems gerade an die europäischen Nationalstaaten und ihre Bevölkerungen dar. Für die Globalisten ist CORONA der Kampf um den Endsieg, die Krönung (lateinisch „corona“) ihrer (jahrhunderte-) langen Bemühungen um Weltmacht und Weltstaat.
21. Allenfalls **zu 20 %** ist die Corona-Politik der Herrschenden **medizinische Seuchenbekämpfung**; im Übrigen eine sehr schlechte! **Zu 80%** handelt es sich um eine **politische Instrumentalisierung**, ja Inszenierung, bei der Hunderte Millionen gesunder Menschen in Quarantäne kommen und Ausgangssperre erhalten. Jederzeit kann die Polizei in Wohnungen eindringen und Personenkontrollen durchführen. Eine Maskenpflicht, die auf Dauer erhebliche gesundheitliche Risiken mit sich bringt, wird mit rigorosen Strafzahlungungen etc. durchgesetzt, und sogar die Bundeswehr wird zur Quarantäne-Überwachung der Bürger im Inland eingesetzt!
22. **Man will totalitäre Strukturen etablieren und Diktatur einüben.** Politische Demonstrationen und Versammlungen werden faktisch verunmöglicht und damit das Aufkommen einer Opposition gegen diese Politik im Keim erstickt. Einschneidende Terrormaßnahmen (Zwangsuntersuchungen, Hausdurchsuchungen etc.) werden am Parlament vorbei durch Verordnungen der Regierung erlassen. Die Medien, vor allem die öffentlich-rechtlichen, hetzen gegen alle, die sich der offiziellen Corona-Politik widersetzen, und politischer Widerstand wird zunehmend kriminalisiert.
23. Corona ist für die Herrschenden die universale Zauberformel, mit der sie jede politische Schweinerei glauben rechtfertigen zu können. Mit zum Teil grob verfälschender Darstellung der Infektionszahlen (siehe Anhang 2) und anderen demagogischen Methoden wird Panik in der Bevölkerung erzeugt und mit pseudowissenschaftlichen Argumenten eine Gesundheitsdiktatur errichtet, die nach und nach in eine politische überführt werden soll.
24. Auf die wirtschaftlichen, sozialen, psychologischen und moralischen Folgen dieser Corona-Politik soll hier nicht näher eingegangen werden. Sie sind ungeheuerlich. Dennoch werden die derzeit Herrschenden nicht von ihrem Konzept ablassen. Sie haben sich schon zu sehr festgelegt und verstrickt und müssen jetzt nicht nur politische, sondern auch strafrechtliche Folgen ihres Handelns fürchten. Deshalb wird die totalitäre Bedrohung, die in dieser Corona-Politik steckt, nur gestoppt, wenn die Verantwortlichen entmachtet werden und neue politische Kräfte die Zügel in die Hand bekommen.

II. Corona-Diagnostik und Panikmache

Die sog. **7 Tage-Inzidenz** ist abhängig von der Zahl der durchgeführten Untersuchungen, die nach Belieben verändert werden kann: Macht man mehr Untersuchungen, hat man mehr positive Tests und damit eine höhere 7 Tage-Inzidenz!

In gleicher Weise ist der **PCR-Test** über den sog. Ct-Wert manipulierbar. Jedes Labor und jedes Gesundheitsamt kann für sich festlegen, bei welchem Ct-Wert der Test positiv gewertet wird. Die einen akzeptieren nur Werte unter 30, die anderen aber Werte über 40 und machen so Millionen Gesunder zu „Erkrankten“.

Ein besonders infames Täuschungsmanöver ist die Zahl der „Corona-Toten“: Man rechnet zu ihnen nicht nur die, die wirklich an Corona gestorben, sondern auch die (und das sind die meisten), die an Krebs, Herzinfarkt

oder sonst etwas verstorben sind, aber nicht an Corona! Jeder Laie weiß den Unterschied, und jeder Arzt muss auf der Todesbescheinigung angeben, ob der Patient *an* Corona verstorben ist oder ob er nur *mit* Corona verstorben ist, Corona also nur ein zusätzlicher Befund war, nicht aber die Todesursache. **Es ist Fake-Information, die lediglich mit Corona Verstorbenen in Statistiken als „Corona-Tote“ zu zählen!**

Auch die **Bettenbelegung in Krankenhäusern** gewährt Rückschlüsse auf Verbreitung und Gefährlichkeit einer Seuche. Hier hatten wir in Deutschland 2020 tausende von Betten in Krankenhäusern leer stehen, für die die Krankenhausträger millionenschwere Kompensationszahlungen von Staat und Krankenkassen erhielten. Selbst die speziellen Betten auf den Intensivstationen waren während der gesamten bisherigen Seuche nie annähernd vollständig ausgelastet.

Die sog. **Übersterblichkeit** ist ein entscheidender Faktor zur Beurteilung einer Seuche. Wir hatten laut Statistischem Bundesamt 2020 in Deutschland 982.489 Tote, was eine auf die Einwohnerzahl bezogene Gesamtsterblichkeit („Mortalität“) von 1,18% bedeutet; im Vergleich dazu das Jahr 2018, in dem es eine stärkere Grippewelle gab. Da waren es 952.295 Tote, was einer auf die Einwohnerzahl bezogenen Gesamtsterblichkeit von 1,15% entspricht - zunächst also eine geringe Übersterblichkeit von 0,03% in 2020 gegenüber dem Jahr 2018, in absoluten Zahlen von ca. 30.000 Toten.

Wenn man diese Zahlen interpretiert, muss man freilich beachten: Die jährliche Zahl der Toten in Deutschland nimmt wegen zunehmender Überalterung zu. Derzeit geht man von jährlich etwa 12.000 Toten mehr aus, was von 2018 auf 2020 etwa 24.000 Tote mehr bedeuten würde. Damit reduziert sich die Übersterblichkeit von 2020 gegenüber 2018 auf 6000 Tote, und das liegt im statistischen Schwankungsbereich und ist nicht mehr relevant. Die Corona-Epidemie 2020 war im Hinblick auf die Gesamtsterblichkeit also nicht gefährlicher als die Grippewelle von 2018, die die meisten Bürger gar nicht als solche mitbekommen haben.

Schließlich sollte auch das **durchschnittliche Todesalter** der Verstorbenen mitgeteilt werden, denn eine Seuche mit einem durchschnittlichen Todesalter von 84 Jahren, wie derzeit in Deutschland, ist wesentlich ungefährlicher als eine Seuche mit einem durchschnittlichen Todesalter von beispielsweise 40 Jahren! All dies wird in der bei uns offiziösen Darstellung nicht berücksichtigt.

III. Corona-Maßnahmen - mehr politische Repression als wirksame Seuchenbekämpfung

- Wenn Polizeihubschrauber gegen Jugendliche eingesetzt werden, die sich aus mehr als zwei Haushalten irgendwo im Wald treffen,
- wenn Ordnungsämter, wie in Karlsruhe und Offenbach, Eltern Kindesentzug androhen, die ihre Kinder zu Hause nicht „vorschriftsmäßig“ quarantänisieren,
- wenn Polizeitrupps, wie in Hameln, Kindergeburtstage überfallen und Kinder, die sich verstecken, aus den Schränken herausziehen -

Ist das dann medizinische Seuchenbekämpfung oder politischer Terror?

Je einschneidender die von der Regierung veranlassten Maßnahmen sind und je rigorosier sie durchgesetzt werden, desto mehr sollte eigentlich ihre Wirksamkeit nachgewiesen sein. Vieles freilich, was vermeintliche oder tatsächliche Wissenschaftler öffentlich verkünden, ist nur ein Bauchgefühl und hat mit „Wissenschaft“ nichts zu. Zahlreiche Maßnahmen der Regierung sind nicht nur nicht wissenschaftlich belegt, sondern irrational und rein willkürlich. Das betrifft Ausgangssperren, womöglich mit Kilometerbegrenzung, Kontaktsperren mit vorgegebenen familiären Mischverhältnissen („drei aus zwei verschiedenen Familien etc.), Schulschließungen, Hotel- und Restaurant-Schließungen, Verbot von Vereinssport und Fitness-Aktivitäten usw.

Auch die exzessiv gehandhabte **Maskenpflicht** hat keine rationale Grundlage, insbesondere gibt es keinerlei Nutzen-Risiko-Studien, was gerade in diesem Fall unabdingbar wäre! Denn längeres Tragen von Masken kann durch Sauerstoffmangel und Kohlendioxid-Belastung zu erheblichen Gesundheitsschäden führen. **Kindern in Schulen etc. zum dauerhaften Tragen von Masken zu verpflichten, sollte als Staatsverbrechen angesehen und behandelt werden.** Allenfalls im Nahverkehr und bei bestimmten Großveranstaltungen, wo man sehr engen Kontakten nicht entgehen kann, ist in hochinfektiösen Zeiten eine Maskenpflicht vorstellbar.

Die Regierenden und ihre vermeintlich wissenschaftlichen Berater gehen von einer **abstrusen Kontaktmathematik** aus. Sie meinen, wenn sie an einer Stelle, zum Beispiel in der Schule, mehr Kontakte zulassen, müssten sie das an anderen Stellen „einsparen“, zum Beispiel bei der Hotellerie. Es wird nicht differenziert, wie lange ein Kontakt ist, wie intensiv er ist und nicht zuletzt, zwischen wem er stattfindet: ob mit Risikopatienten oder jüngeren und weitgehend gesunden Menschen – eine primitive, mechanisch-unbiologische Sichtweise!

Asymptomatische Personen wie auch kurze und oberflächliche Kontakte mit symptomatischen Personen (zum Beispiel bei einem kurzen Gespräch oder beim Händeschütteln) stellen für einigermaßen Gesunde keine nennenswerte Infektionsgefahr dar. Sie sind sogar notwendig für Immuntraining und Ausbildung einer Herdenimmunität. Deshalb verhindern Versuche, jeglichen Kontakt mit Viren zu vermeiden, nicht die Ausbreitung einer Seuche, sondern bereiten mangels Herdenimmunität ständig neue Infektionswellen vor.

IV. Ist die AfD noch zu retten?

Die AfD hat es in den sieben Jahren ihres Bestehens geschafft, im Zeitraffer zu dem zu werden, was sie selbst als „Altpartei“ bezeichnet: Von Spendenskandalen bis zu einer verbreiteten institutionellen Korruption unterscheidet sie sich kaum noch von den Systemparteien. Besonders schwer wiegt, dass ihre Spitzen aufs engste mit dem Verfassungsschutz kooperieren. Dieser legt de facto fest, wer in der AfD Mitglied sein kann und was hier gesagt werden darf und was nicht. In diesem Zustand ist die AfD der verlängerte Arm des Verfassungsschutzes in der rechten Opposition.

Um der Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu entgehen, sind die meisten Führungsgestalten der AfD zu größten politischen Schweinereien bereit. Gerade beim Thema *Antisemitismus* übernehmen sie kritiklos Argumentation und Definition des Verfassungsschutzes und inszenieren Hetzkampagnen und Ausschlussverfahren gegen diejenigen, die den Staatsorganen ein besonderer Dorn im Auge sind, für die oppositionelle Kraft der Partei aber von besonderer Bedeutung wären. Damit erledigt die AfD - im Übrigen ohne großen Widerstand ihrer Basis - an vorderster Front die Drecksarbeit für das System und kastriert sich politisch selbst!

Das Problem der AfD sitzt tief. Nicht nur der Kopf der Partei stinkt. In den letzten Jahren hat sich die Zusammensetzung der AfD-Mitglieder stark verändert, siehe z. B. den Braunschweiger Parteitag 2019: Ein Großteil der „Bundesdelegierten“ lief da herum und führte sich auf wie die Antifa! Ein Drittel dieser Leute sind Dumpfbacken oder Karrieristen. Vielleicht eine knappe Hälfte repräsentiert noch einen aufrichtigen Oppositionsgeist, und der Rest weiß nicht, was er eigentlich will.

Die „Guten“ in der AfD hoffen immer noch, irgendwann die Mehrheit zu bekommen, und das schon seit Jahren. Aber es sieht nicht danach aus. Im günstigsten Fall gibt es ein Patt, das die Partei in ihrer Außenwirkung neutralisiert. **Jedoch mit Meuthen und Weidel an der Spitze und dem derzeit etablierten Führungspersonal ist diese AfD nicht wählbar!** Das sehen inzwischen viele Mitglieder so, und einige haben schon die Initiative ergriffen und wollen noch vor der Bundestagswahl 2021 die Neugründung einer Alternative zur Alternative wagen. Das ist legitim, ja notwendig, wenn man dabei Folgendes beachtet:

- Man sollte nicht *Namen und Personen* in den Vordergrund stellen, sondern präzise **inhaltliche Abgrenzungen**, wie es in diesem Manifest geschieht.

- Eine neu zu gründende Organisation sollte sich nicht als *Gegenpartei* zur AfD, sondern als **Auffang- und Ersatzpartei** verstehen. Sie kann, was realistisch ist, davon ausgehen, dass es die wahre Oppositionsfraktion innerhalb der AfD ohne Hilfe von außen nicht schafft, sich gegen die derzeitige Führungstruppe durchzusetzen, zumal diese massiv vom Verfassungsschutz gefördert wird. Sollte also die AfD scheitern und vollends zur Hilfstruppe des Systems mutieren, muss verhindert werden, dass zahlreiche gute und aufrichtige Mitglieder resigniert das Handtuch werfen und sich ins Privatleben zurückziehen. Es bedarf einer Ersatzpartei, die dann notwendig-alternative Politik wirksam in Deutschland betreibt. Wenn die alte AfD doch noch die Kurve kriegen sollte, könnte die Ersatzpartei jederzeit aufgelöst und mit der alten Partei vereinigt werden.

Weiter ist bei der Frage einer AfD-Ersatzpartei von Bedeutung:

- Programmatische Fragen, z. B. „Was ist rechtsextrem?“, „Was ist verfassungsfeindlich?“ etc., dürfen nicht von Schiedsgerichten, sondern müssen von Mitgliederversammlungen der Partei, letztlich vom Bundesparteitag entschieden werden.
- Der **Abgrenzungswahn** gegenüber rechts, der in der AfD bei Parteiausschlussverfahren und auch bei Neuaufnahmen betrieben wurde, ist eine widerliche Anbiederung an das SYSTEM und hat entscheidend zum politisch-moralischen Niedergang der AfD beigetragen!

Es darf nicht sein, dass Menschen nicht aufgenommen werden, weil sie irgendwann eine notabene antidemokratische Politik vertreten haben. Heute treten wegen mehrfacher Morde verurteilte RAF-Mitglieder und diverse Stasi-Kader (A. Kahane etc.) in den öffentlich-rechtlichen Medien auf. Ehemalige Politikriminelle wie Joschka Fischer gelten inzwischen als Säulenheilige der offiziellen Politik. Nicht zuletzt treibt ein kommunistischer Kader aus der Uckermark, der dem DDR-Terrorregime jahrelang an führender Stelle treu gedient hat, seit 15 Jahren sein Unwesen in den höchsten Etagen unseres Staates! Ist es da nicht grotesk, einer Partei den demokratischen Grundcharakter absprechen zu wollen, weil sie jemanden aufnimmt, der vor 15 Jahren Kreissekretär der NPD oder Ortsvorsitzender der Grünen war? Jeder Mensch hat das Recht, in seinem Leben verschiedene politische Wege auszuprobieren und sich dabei gegebenenfalls auch zu irren. Eine lineare Biografie ist nicht unbedingt die beste Voraussetzung für authentische Politik.

Grundsätzlichere Erläuterungen zum Text finden Sie in W. Gedeon: *Corona, Crash und Bürgerkrieg* (WMG-Verlag), gegebenenfalls auch in weiteren Büchern des Autors, siehe www.wmg-verlag.de und www.wolfgang-gedeon.de oder folgen Sie dem Telegram-Kanal <https://t.me/alternativeopposition>.

PS. Bitte nutzen Sie alle Möglichkeiten, dieses Manifest, wenn Sie es gut finden, zu verbreiten: über Social Media, bei Anti-Corona-Demonstrationen, bei Versammlungen, in denen Parteien und Parteineugründungen ihre Kandidaten für die Bundestagswahl aufstellen, im Wahlkampf und auch in der AfD, wenn Sie dort noch Mitglied sind! Jeder, der ernsthaft und nachhaltig Opposition gegen das globale CORONA-Regime betreiben will, sollte die Möglichkeit bekommen, sich mit dem Inhalt dieses Manifests auseinanderzusetzen. Es gilt, die richtigen Parolen in den Bundestagswahlkampf und in die zu erwartende Massenbewegung der nahen Zukunft hinein zu tragen. Engagierte Verbreitung der politischen Wahrheit ist das, was jeder Bürger tun kann und in einer solch revolutionären Zeit wie der unseren auch tun muss!

Entwurf dieses Manifests: Wolfgang Gedeon (Januar / Februar 2021)